

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02221) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Mitglied des SPD-Präsi-  
diums, stellt drei Monate  
vor der Bundestagswahl  
fest, daß das Ziel der  
SPD sein muß, stärkste  
Fraktion zu werden: Al-  
les schon gelaufen?

Seite 1

Heinz Menzel MdB fordert  
neue Impulse für den  
Bergarbeiter-Wohnungs-  
bau: Neinsagen genügt  
nicht.

Seite 2

Egon Lutz MdB sieht in  
Rudolf Mühlfenzl einen  
ausschließlich eifrigen  
CSU-Propagandisten: Kon-  
sequent im Zwielficht.

Seite 3/4

Rolf Wernstedt MdL führt  
den Beweis, daß es an Ge-  
samtschulen kein Billig-  
Abitur gibt: Aber Nieder-  
sachsens CDU ignoriert  
Elterntwillen und Lei-  
stungsbeweise.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 8 12-1

35. Jahrgang / 127

8. Juli 1980

Alles schon gelaufen ?

Nicht nur Sieg - stärkste Fraktion ist das Ziel

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Drei Monate vor der Bundestagswahl kommt von den Meinungsfor-  
schern günstige Nachricht. Die CDU/CSU sinke in der Gunst  
der Wählerschaft, die SPD zeige eine steigende Tendenz, die  
FDP habe sich nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl wieder sta-  
bilisiert. Außerdem liege Helmut Schmidt in der Sympathie  
der Wähler mit 62 Prozent zu 22 Prozent weit vor Franz Josef  
Strauß.

Das mag alles einen wahren Kern haben. Wir spüren es ja auch  
an den Informationsständen und bei der Broschürenverteilung  
an den U-Bahnhöfen, daß die Stimmung besser ist als vor vier  
Jahren. Aber dennoch warne ich ganz eindringlich vor der Auf-  
fassung, es sei schon alles gelaufen, wir müßten uns gar  
nicht mehr besonders anstrengen. Das sind meine Gründe:

1. Es sind noch drei Monate bis zur Wahl. In dieser Zeit  
kann noch viel passieren. Dem Gegner können auch aus dem Mut  
der Verzweiflung Kräfte zuwachsen.

2. Die Grünen sind zwar zerstritten und geschwächt. Aber je  
nach den Prozentanteilen, die sie erreichen und danach, wenn  
sie diese Anteile wegnehmen, können sie die Sitzverteilung  
im nächsten Bundestag entscheidend beeinflussen. Wir dürfen  
nicht vergessen, welchen Einfluß im Jahre 1969 auf die Sitz-  
verteilung im Parlament die Tatsache hatte, daß die NPD 4,3  
Prozent der Stimmen erhielt.

3. Es genügt nicht, daß wir gewinnen; es ist auch wichtig,  
mit welchem Ergebnis wir gewinnen. Wenn wir - wie 1972 - die  
stärkste Fraktion werden, stellen wir den Bundestagspräsi-  
denten. Außerdem rückt dann die sozialliberale Mehrheit in  
der Bundesversammlung in greifbare Nähe. Und das heißt: Der  
nächste Bundespräsident könnte ab Juli 1984 wieder ein So-  
zialdemokrat sein.

4. In Bayern und in München müssen wir noch Zusätzliches be-  
denken. Schneidet Franz Josef Strauß in Bayern gegenüber  
1976 nicht besser ab als die CDU im übrigen Bundesgebiet,  
dann ist auch in Bayern ein Bann gebrochen. Dann besteht  
die Chance, daß die CSU eine ganz normale Partei wird - wie  
die anderen auch. Und in München könnte ein gutes Ergebnis  
ein Signal für 1984 sein, für die Stadtrats- und die Ober-  
bürgermeisterwahl.

(-/8.7.1980/vogel)

Rechts-Punkt



Nein sagen genügt nicht

Der Bergarbeiter-Wohnungsbau benötigt neue Impulse

Von Heinz Menzel MdB

Stellvertretendes Mitglied des Arbeits- und Sozialausschusses  
des Deutschen Bundestages

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Bergbau hat wieder Zukunft. Zwei Jahrzehnte Krise und Unsicherheit gehören der Vergangenheit an. Um die Abhängigkeit unserer Energieversorgung vom Öl abzubauen, soll die jetzige Fördermenge von cirka 67 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr nicht nur beibehalten, sie soll mittelfristig auf 95 Millionen Tonnen jährlich - längerfristig auf 100 Millionen Tonnen - erhöht werden.

Ein realistisches aber auch hoch gestecktes Ziel. Die vorhandenen - zum Teil überalterten - Belegschaften der Schachtanlagen reichen nicht aus, es zu erreichen. In den kommenden 20 Jahren wird sich der Ruhrbergbau immer weiter in den Norden des Ruhrgebiets und in das Münsterland hinein verlagern und weit über 10.000 zusätzliche Bergleute benötigen.

Für den Bergarbeiterwohnungsbau ergeben sich daraus Konsequenzen. Zum sozialen Besitzstand des Bergmanns gehört seit langem die Möglichkeit, eine moderne preisgünstige Werkswohnung beziehen zu können. Um den Bergmannsberuf attraktiv zu machen, müssen in der nächsten Zeit auch in den neuen Fördergebieten ausreichend zeitgemäße Bergarbeiterwohnungen angeboten werden, die der Belastung der Bergleute durch die Schichtarbeit Rechnung tragen und durch Gärten und freundliche Umgebung ein Äquivalent dafür schaffen, daß der Bergmann ein Drittel des Tages auf Tageslicht verzichten muß.

Wohnungsbau - das gilt nicht nur, aber auch für den Bergarbeiterwohnungsbau und besonders angesichts ständig steigender Baupreise - kostet Geld. Das jetzt vorhandene Treuhandvermögen reicht nicht aus, den auf den Bergbau zukommenden Bedarf an Wohnungen für die Belegschaftsmitglieder zu decken. Es wird deshalb zu überlegen sein, ob und wie das vorhandene Vermögen effektiver eingesetzt werden und wie zusätzliche Mittel bereit gestellt werden können.

Einen interessanten Vorschlag hat in der letzten Zeit das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen in den "Hausbau-Informationen" gemacht. Es schlägt vor, entweder die bis 1959 erhobene Tonnenabgabe für den Bergarbeiterwohnungsbau wieder einzuführen oder Mittel aus dem Kohlepfennig dem Treuhandvermögen zuzuleiten und damit zweckgebunden im Bergbau einzusetzen. Ein Vorschlag, der ernsthaft zu prüfen ist.

Alle Verantwortlichen sollten sich darüber im Klaren sein, daß nein sagen hier nicht genügt.

Sicher gibt es auch noch andere Möglichkeiten, die erforderlichen Mittel bereit zu stellen, die der Bergarbeiterwohnungsbau benötigt, um seine Aufgabe für die Belegschaften des Bergbaus erfüllen zu können.

Ganz gleich, welchen Weg man wählt - es muß begonnen werden. Die Versorgung der Belegschaften mit modernen, preisgünstigen Wohnungen in zumutbaren Entfernungen zu den Schachtanlagen sind eine der Voraussetzungen, um die jungen Menschen für die Arbeit im Bergbau zu gewinnen. Ohne diese Belegschaften aber kann der Bergbau sein Förderungsziel nicht erreichen.

(- / 8.7.1980 / hi / ca)

+ + +



Konsequent im Zwielight

Rudolf Mühlfenzl - der eifrige CSU-Propagandist

Von Egon Lutz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rudolf Mühlfenzl steht nicht mehr als Kandidat für den Posten des Ressortchefs der wichtigsten ARD-Politiksendung "Tagesthemen" zur Verfügung. Der Kandidat hatte seine Nichtverfügbarkeit erklärt, als offenkundig wurde, daß sich die Mehrheit der Intendanten der ARD-Sender nicht dem Würgegriff von CSU und Bayerischer Staatsregierung beugen und einen der engagiertesten Strauß-Propagandisten in dieser sensiblen Schaltstelle der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" akzeptieren würden. Die Gütt-Nachfolge ist also weiterhin offen und das muß kein Fehler sein. Vielleicht entschließt sich der jetzige Amtsinhaber, nicht nur vorerst weiterzumachen. Zu wünschen wäre es den deutschen Fernsehkonsumenten.

In letzter Zeit war einiges zusammengekommen, was die Herren Intendanten sehr nachdenklich gestimmt hatte. Da war nicht nur von jener denkwürdigen Sitzung der Bayerischen Staatsregierung die Rede gewesen, in deren Verlauf man die Drohung mit dem Austritt aus der ARD behandelte und bei der Mühlfenzl - offensichtlich ohne Wissen seines Intendanten Reinhold Vöth - "uneigennütziger" Ratgeber von Franz Josef Strauß war. Da hätte auch schon vorher der Kandidat seine Kollegen in den anderen Fernsehhäusern durch sehr merkwürdige Eskapaden erstaunt, die mit journalistisch exakter Berichterstattung (auch unter den Gesichtspunkten eines ausgewogenen Programms) nichts, mit handfest aufgelegter Parteipropaganda zugunsten des CSU-Chefs dagegen alles zu tun hatten. Es sei nur an die Mühlfenzl-Idee erinnert, nach jeder Auslandsreise des Kanzlers den Kandidaten der CSU zu Zweck und Ergebnis der Reise zu befragen. Ihn sozusagen von München aus die Weltläufe kommentieren zu lassen. Die Idee war von Strauß begierig aufgegriffen worden und hatte zu dem großen Geschrei um einen möglichen ARD-Austritt des Bayerischen Rundfunk geführt.

Die Intendanten hätten allerdings - bei einem nicht nur kurzfristigen Gedächtnis - schon vor diesen Vorkommnissen um Wert und Unwert des Bewerbers nachdenken müssen. Da war einiges über Mühlfenzls Schalten und Walten als Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens an die Öffentlichkeit gedrungen, das den Bewerber in ein mehr als fragwürdiges Licht rückte. Mühlfenzl hatte sich konsequent selbst ins Zwielight begeben und da steht er auch heute noch.



Da hatte der eifrige CSU-Propagandist die Journalisten seines Senders angewiesen, daß bei einem Interview mit dem Oskar-Filmpreisträger Volker Schlöndorff keine Frage zu dessen jüngstem Film über Franz Josef Strauß "Der Kandidat" gestellt werden dürfte. So geschah es dann auch. Als Schlöndorff selbst versuchte, seinen Strauß-Film von sich aus zur Diskussion zu stellen, wurde er in dem Acht-Minuten-Interview gleich zweimal von der Moderatorin daran gehindert.

Oder noch ein Fall aus dem Jahre 1978: Damals sah sich der neugewählte CSU-Landtagspräsident Dr. Franz Heubl der despektierlichen Frage eines Journalisten ausgesetzt und beschwerte sich prompt bei der Leitung über den Interviewer. Der bekam nicht etwa Rückendeckung von seinem Chefredakteur, wie es in jedem anständig geführten Haus der Fall wäre. Nein, Mühlfenzl betraute einen anderen willfähigeren Kollegen mit der Befragung des Landtagspräsidenten und so geht es weiter und so geht es fort. Immer ist dem Herrn Mühlfenzl daran gelegen, die zuverlässige Stimme seines CSU-Herrn zu spielen und immer kümmert ihn in einer möglicherweise schwierigen Situation der Solidarität mit der ARD oder gar dem Bayerischen Rundfunk weniger als die mit seiner Parteileitung.

Auch sonst ist er eifrig bemüht, seine unheilvolle Rolle im Sender nicht etwa zu kaschieren: In einflußreichen Wirtschafts- und Politikerkreisen kokettiert er auch noch damit. Das bringt ihm zusätzliches Ansehen unter Gesinnungsfreunden und das schaufelt auch neue Aufträge außerhalb seines Arbeitsbereiches in die Bücher des Herrn Chefredakteurs. Die hat er - so raunt man im Funkhaus - ob seines Lebensstils und seiner damit verbundenen Verpflichtungen allerdings auch nötig. Wie dem auch sei: Der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens singt so oft und gegen gutes Honorar anderer Leute Lieder, daß es mit seiner Unabhängigkeit nicht mehr allzu weit her sein dürfte.

Die Frage muß man sich stellen, ob Herr Mühlfenzl nicht nur als Chef der Tagesthemen falsch eingesetzt wäre, sondern ob er jetzt schon in einer seiner Person nicht angemessenen Schlüsselposition im bayerischen Sender sitzt. (-/8.7.1980/hi/ca)

+ + +



### Koim Billig-Abitur an Gesamtschulen

Aber Niedersachsen CDU ignoriert Elternwillen und Leistungsbeweise

Von Rolf Wernstedt MdL

bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

In Niedersachsen gibt es seit wenigen Wochen mehr als 600 junge Menschen, die auf einem bisher unbekanntem Weg zu ihrem Abitur gekommen sind. Sie sind im Jahre 1971 als Fünfklässler in eine der sieben neugegründeten Integrierten Gesamtschulen (IGS) eingetreten und haben ohne Sitzenbleiben in diesem Jahr an ihren Schulen ihre Abschlussprüfung bestanden. Damit ist in Niedersachsen das Abitur-Monopol der Gymnasien durchbrochen worden. Es gibt nunmehr einen nachweisbar gut funktionierenden grundständig anderen Weg zum Abitur als den über das Gymnasium. Dieser Weg hat eine neue bildungspolitische Qualität. 602 IGS-Schüler haben die Abiturprüfung bestanden, 54 sind durchgefallen; das sind 8,2 Prozent der Prüflinge. Die Durchschnittsquoten lagen an den Schulen zwischen 2,6 und 2,8; sie entsprechen damit genau den Ergebnissen an den Gymnasien. Als bemerkenswert an diesem Ergebnis ist hervorzuheben:

1. An allen Prüfungen haben die selbenschulfremden und in der Regel nicht gesamtschulfreundlichen Regierungsbeamten den Vorsitz geführt, die auch bei den Prüfungen der Gymnasiasten anwesend sind. Diese Gymnasialdezernenten haben wie üblich in die Prüfungen eingegriffen und Zensurenkorrekturen sowohl nach unten als auch nach oben vorgenommen. Die Bewertung unterlag traditionellen Maßstäben. Es hat also kein leistungsmäßiges "Billig-Abitur" gegeben.
2. Ein für den Steuerzahler billigeres Abitur ist es allerdings insofern geworden, als es unter den IGS-Abiturienten keine Sitzenbleiber gibt und geben wird. Dagegen ist der traditionelle Weg über das Gymnasium durch eine relativ höhere Zahl von Sitzenbleibern, die erst ein oder zwei Jahre später das Abitur erreichen, volkswirtschaftlich teurer.
3. In den Integrierten Gesamtschulen werden Kinder aller Gesellschaftsschichten unterrichtet. So entspricht auch die soziale Herkunft der Abiturienten in etwa denen des Einzugsbereichs. Unter den Absolventen der Arbeitereinzugsbereiche Garbsen, Hannover-Linden, Braunschweig-Weststadt und Hildesheim-Nordweststadt ist infolgedessen der Anteil der sogenannten Unterschichtkinder (Industriearbeiter, untere Angestelltenschicht, vielfach Alleinstehende) repräsentativ. In Fürstenau bei Osnabrück entspricht er dem ländlichen Umfeld, während die Integrierten Gesamtschulen in Wolfsburg und Langenhagen bei Hannover mehr einer traditionellen Mittelschichtenschule entsprechen.

An Integrierten Gesamtschulen haben auch Schüler ihr Reifezeugnis erhalten, deren Eltern ihre Kinder im Alter von zehn Jahren nicht auf ein Gymnasium geschickt hätten. Denn dies ist der eigentliche langfristig gesellschaftsverändernde Kern der Gesamtschulergenernisse: An IGS erhalten Kinder aus traditionell bildungsfernen Familien höher Schulabschlüsse und damit bessere Bildungschancen.

Während das Gymnasium in den letzten zwei Jahrzehnten eine zahlenmäßige Ausdehnung erfahren hat, profitierten von seinem Besuch, statistisch gesehen, die Kinder der Unterschichten nicht wesentlich. Das Gymnasium ist zwar nicht mehr eine Elite-Anstalt für wenige, sie ist aber die typische Schule für gesellschaftliche Aufsteiger geworden. Die IGS dagegen ist offenbar ein brauchbares Instrument zur Aufhebung schichtenspezifischer bestimmter Bildungswege. Die Integrierte Gesamt-



- schule stellt eine institutionelle Hilfe für die Angehörigen der Unterschicht dar, die ihre Kinder nicht auf ein Gymnasium schicken würden, weil ein Mißerfolg sozial diskriminierend wirken könnte.
4. Nach Mitteilung von Gesamtschuleltern wird ein auffällig großer Teil der Abiturienten nicht sofort ein Studium aufnehmen, sondern zunächst einen Beruf erlernen. Die Möglichkeit eines Studiums wird auf später verschoben. Das Abitur verliert damit seinen Ausschließlichkeitscharakter als Einstieg in ein Studium. Dies ist von den Sozialdemokraten bildungspolitisch immer gewollt worden.
  5. Jungen und Mädchen der IGS mußten sich erst nach der zehnten Klasse entscheiden, ob sie den Weg bis zum Abitur gehen wollten oder nicht. Mit dem Alter werden konnten die Schüler und Schülerinnen die Selbstverantwortung für den eigenen Bildungsweg und ihr Leben stärken. Sie nahmen damit also ihren Eltern eine oft als zu früh empfundene Entscheidung ab. Die IGS ermöglicht ein langsames Hineinwachsen in die Selbstverantwortung.
  6. Ein Abgehen von einer Gesamtschule nach den Jahrgängen Neun, Zehn oder Zwölf ist ein normaler Vorgang. Er hinterläßt keine psychisch deformierten und auf Dauer mit Minderwertigkeitskomplexen behafteten Menschen. Das Versagen an Realschulen und Gymnasien bewirkt auch heute noch psychisches Dauerleid. Unter den 602 Gesamtschul-Abiturienten wäre so mancher gewesen, der an Gymnasien "heraussozialisiert" worden wäre, weil dort die Erziehungs- und Verhaltensprinzipien anders sind.

Angeichts der Tatsache, daß die IGS von der Klasse fünf bis zehn alle langsamer und schneller Lernenden, die traditionellerweise in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten getrennt sind, unterrichtet, sind die pädagogischen Leistungen erheblich. Das Gymnasium mit seinen angeblich homogenen, das heißt leistungsmäßig ausgesuchten Schülern, leistet nichts Besseres. Diese Ergebnisse lassen es nachgerade verwerflich erscheinen, daß der niedersächsische Kultusminister und die CDU in der vergangenen Woche die Gesamtschulen zu Angebotsschulen degradiert haben. In der soeben verabschiedeten Schulgesetznovelle haben Werner Remmers und seine Parteiliebe faktisch die Gründung von weiteren Gesamtschulen bis 1983 verboten. Leistungsbeweise der IGS und der vielzitierte Elternwillen verhelfen der Union offenbar nicht zur notwendigen schulpolitischen Einsicht.

(-/8.7.1980/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

